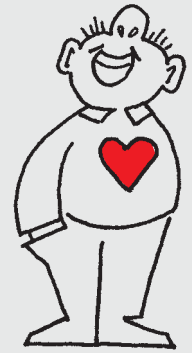


MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



4/2016 (Aug.)

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Nächster Versuch



In der vergangenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde erneut der Versuch unternommen, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, der die Wiederbebauung

des Marktes in den kommenden Jahren absichert. Dies ist mit viel Mühe und Kompromissbereitschaft hoffentlich gelungen. Die Verwaltungsvorlage sah vor, die drei offenen Seiten des Marktes mit Baufeldern auszuweisen und anschließend nach möglichen Investoren zu suchen.

Wir stellten einen Änderungsantrag, in dem die Forster Wohnungsbaugesellschaft (FWG) aufgefordert werden sollte, zusätzlich eigene Planungsaktivitäten zur Bebauung zu entwickeln. Gleichzeitig geht es darum, öffentliche Fördermöglichkeiten auszuschöpfen, barrierefrei und generationsübergreifend zu bauen. Die CDU-Fraktion wollte keine Festlegungen zu Lasten der FWG treffen. Damit unserem Antrag die Chance auf Zustimmung erhalten blieb, wurde ein Kompromiss gefunden. Damit wird jetzt nicht mehr die FWG zur Planung verpflichtet, die Ziele der Bebauung bleiben aber erhalten. Somit soll es eine schrittweise Bebauung der drei offenen Seiten des Marktes geben und der ursprüngliche Seerosenteich als verkleinerte Wasserfläche berücksichtigt werden. Ziel ist es, spätestens 2019 einen ersten Bebauungsabschnitt zu realisieren. Die Verantwortung für die Planung liegt nun bei der Verwaltung. Der Bürgermeister muss auf Basis des Beschlusses nun entscheiden, welche Zuarbeiten er von der FWG einfordert. Die Gesellschaft gehört zu 100 Prozent der Stadt und der Bürgermeister ist der zuständige Gesellschaftervertreter.

Mal schauen, wie dies jetzt umgesetzt wird. Aus unserer Sicht geht der Beschluss in die richtige Richtung, auch wenn wir nicht alle unsere Vorstellungen durchsetzen konnten.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst

Sommerfest des Ortsverbandes Forst DIE LINKE

Wie in jedem Jahr beging der Ortsverband am 14.07.2016 das traditionelle Sommerfest.

Das Wetter meinte es leider nicht so gut mit



uns, deshalb hatten wir die Festivität in die »Gaststätte Hundehütte« verlegt. Die Feier war eine gute Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen und zum Meinungsaustausch »außerhalb des Protokolls«.

Ingo Paeschke gab aktuelle Informationen aus der Stadtverordnetenversammlung, die gerade am Nachmittag stattgefunden hatte. (siehe Foto)

Ansonsten ließen wir uns das eine oder andere Bierchen, Schmalzstullen sowie Grillwurst und Kartoffelsalat schmecken.

Günther Mattern

Weltfriedenstag – 1. September 2016

Der Ortsverband DIE LINKE Forst (Lausitz) ruft alle Kinder aus Anlass des Weltfriedenstages am 1. September 2016 zum

Mal- und Zeichen-Wettbewerb auf.

Nutzt die Ferienzeit! Malt, zeichnet oder bastelt Bilder mit Motiven zum Thema Frieden – in unserer Stadt, unserem Land, auf unserer Erde.

Teilnehmen können alle Kinder bis 12 Jahre.

Die Bilder werden im Schaufenster ausgestellt und prämiert.

Die Abgabe ist noch bis zum 19.08.2016 in unserer Geschäftsstelle, Berliner Straße 22 in Forst, möglich.

Cornelia Janisch, Ortsvorsitzende



Gegen eine Brutalisierung der Gesellschaft: Die Ursachen von Gewalt und Terror bekämpfen statt Rassismus schüren!

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger, erklären:

Der brutale Anschlag von Ansbach und die schrecklichen Gewalttaten von Würzburg und München machen vielen Menschen Angst. Die schrecklichen Taten der letzten Tage dürfen aber nicht dazu führen, dass Flüchtlinge und Asylbewerber unter Generalverdacht gestellt werden.

Alle Statistiken und Einschätzungen der Polizei und Justiz zeigen: Geflüchtete sind weder gewalttätiger noch krimineller als der Durchschnitt der Bevölkerung. Viele Flüchtlinge sind gerade vor dem Terror des IS geflohen.

Eine gefährliche Stimmungsmache gegen Geflüchtete führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu mehr Hass und einer Brutalisierung des gesellschaftlichen Klimas. Wer von »Abschiebekultur« oder gar »Abschiedskultur« spricht, gießt Wasser auf die Mühlen rechter Gewalttäter und Terroristen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die

berechtigte Angst vor Anschlägen reaktionärer Islamisten genutzt wird, um noch mehr Rassismus gegen Menschen muslimischen Glaubens zu schüren!

Wir brauchen jetzt eine besonnene und ernsthafte gesellschaftliche Diskussion über die vielschichtigen Ursachen solcher Gewalttaten und Anschläge. Jede Tat muss rechtstaatlich beantwortet und verfolgt werden. Der wachsende Rassismus, rechter Terror gegen Geflüchtete und Andersdenkende sowie Gewalttaten reaktionärer Islamisten sind Zeichen einer Brutalisierung der Gesellschaft. Islamistische Radikalisierung und Rassismus sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir müssen verhindern, dass sie sich wechselseitig aufschaukeln. Die Ursachen, dieser meist von jungen Männern ohne Zukunftsperspektiven verübten Gewalttaten sind vielschichtig. Aber eines steht fest: Es handelt sich nicht nur um »äußere Gefahren«, sondern auch um Krisensymptome einer gespaltenen Gesellschaft. Mehr Abschiebungen oder eine Politik des Ausnahmezustandes wie in Frankreich führen nicht zu mehr Sicherheit. DIE LINKE steht klar gegen alle Versuche, Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken oder durch Bundeswehreinheiten im Inneren die demokratische Verfassung unseres Landes auszuhöhlen.

Wir brauchen nicht nur besonnene PolizistInnen, sondern auch mehr LehrerInnen,

SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen. Alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben frei von Angst und Gewalt. Das gilt für alle Menschen, die hier geboren sind und auch für alle jene, die in unser Land geflüchtet sind. Ein sicheres Leben heißt ein Leben ohne Krieg, Armut und Diskriminierung. Wir brauchen mehr soziale Sicherheit, die den Menschen Mut zum Leben macht und die Angst vor einer ungewissen Zukunft nimmt.

Neben Präventionsprogrammen gegen Gewalt braucht es gleiche Rechte und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen, die hier leben! Für eine Integrationspolitik, die den Menschen wirkliche Zukunftsperspektiven ermöglicht und mehr Unterstützung der ehrenamtlichen Willkommenskultur.

26. Juli 2016

Spruch des Monats

»Das Problem der Welt ist, dass intelligente Menschen voller Zweifel und Dumme voller Selbstvertrauen sind.«

Charles Bukowski

Wir sind betroffen

über die Anschläge von Würzburg, München, Reutlingen, Ansbach und Nizza. Derartige Gewaltakte verurteilen wir entschieden.

Unser Mitgefühl gilt den Opfern und deren Angehörigen.

Die Redaktion

Vom LANDTAG BRANDENBURG informiert

Anke Schwarzenberg, MdL



Verwaltungsstrukturreform – Meine ganz persönliche Sicht!

In der vergangenen Woche wurde die Verwaltungsstrukturreform im Landtag beschlossen.

Bis zum Beschluss durch den Landtag begleitete viel Protest diese Diskussion. Der Widerstand hat auch bis jetzt noch nicht aufgehört. Sogar eine Verfassungsklage und ein Bürgerentscheid sollen von den Gegnern der Verwaltungsstruktur auf den Weg gebracht werden.

Rückblickend auf diesen Prozess und auf die dazu gehörenden Berichterstattungen und Diskussionen ging es aber immer und ausschließlich nur um den Status der Kreisfreiheit der bis jetzt kreisfreien Städte Brandenburg/Havel, Frankfurt (Oder) und Cottbus. So jedenfalls die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit.

Die damit verbundenen Aufgabenübertragungen vom Land auf den Kreis bzw. vom Kreis auf die Gemeinden spielten in der Öffentlichkeit fast keine Rolle. Auch wie Bürgerinnen und Bürger aus den Dörfern und kleineren Städten zur Reform stehen, konnte man gar nicht bzw. selten in den öffentlichen Medien lesen. Ich habe dieser Verwaltungsstruktur-

reform zugestimmt, weil ich überzeugt davon bin, dass wir neue Strukturen brauchen, wenn wir auch über das Jahr 2030 hinaus leistungsstarke Verwaltungen haben wollen.

In einer persönlichen Erklärung nach Beschlussfassung des Leitbildes im Landtag habe ich meine Position erläutert. Meine Zweifel galten immer der Aufgabenübertragung an die Landkreise. Denn ehrlicherweise müssen wir auch über Grenzen von Kommunalisierung reden.

Aufgaben, die ein großes Spezialwissen und eine einheitliche Aufgabenwahrnehmung erfordern, sind besser in großen Verwaltungseinheiten aufgehoben. Das jetzt anstehende Gesetzgebungsverfahren ermöglicht es mir, die noch vielen strittigen Fragen zu klären und nach fachlich sinnvollen Lösungen zu suchen. Und nur aus diesem Grund konnte ich zustimmen.

Auch der Kreisverband Lausitz hat lange mit sich um eine gemeinsame Position gerungen. Auf seinem Kreisparteitag am 09.07.16 wurde dann der be-

kannte Beschluss mit großer Mehrheit gefasst: Die Stadt Cottbus soll mit dem Landkreis Spree-Neiße einen neuen Landkreis bilden. Ja, es ist richtig, der Landkreis Spree-Neiße und die Stadt Cottbus gehören zusammen.

Fragwürdig bleibt, ob dieses neue Gebilde auch über 2030 hinaus eine zukunftsfeste Verwaltung bleibt, oder ob doch noch ein dritter Landkreis aufgenommen werden muss.

Eine Stadt darf keinen Landkreis bestimmen, so steht es im beschlossenen Leitbild. Ausreichende Mitsprache und Entscheidungen für den ländlichen Raum sollen nicht nur durch Städte erfolgen, wie z.B. der Umgang mit Schulen im ländlichen Raum und Fragen des öffentlichen Personennahverkehrs.

Ich hätte mir einen noch intensiveren Abwägungsprozess gewünscht, denn am Ende geht es darum, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Räumen zu sichern.

Anke Schwarzenberg
MdL Brandenburg

Fast eine Kolumne

Ich hatte mir fest vorgenommen, für dieses Malxeblatt einen Artikel zu liefern. Aber worüber soll man in dieser Zeit schreiben? Soll ich mich darüber auslassen, dass die NATO immer häufiger direkt vor der »Haustür« unseres ehemaligen Wirtschaftspartners Russland provoziert, die Truppen immer dichter, jetzt gar dauerhaft, stationiert und große Übungen in »Schussweite« der russischen Grenze abhält? Dabei immer lauend, wie wird die russische Seite reagieren? Die Vereinbarungen, die zum Abzug der russischen Truppen aus Deutschland getroffen wurden, die NATO nicht bis an die russische Grenze zu erweitern, werden dabei schon lange ignoriert. Aber wehe, es gibt auch auf russischem Boden ein Manöver, dann ist das Geschrei groß. Oder soll ich besser darüber schreiben, dass im Mittelmeer nach wie vor Flücht-

linge ertrinken und es immer noch keine Einigung der Staaten der Europäischen Union gibt, wer wie viele Asylbewerber aufnehmen kann? Gleichzeitig wird lautstark für Menschenrechte in China, Indien oder Korea gekämpft, dabei hätten wir direkt vor der Haustür der EU ein weites Betätigungsfeld für den Kampf um Menschenrechte und Humanität bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Oder sollte ich besser darüber schreiben, dass weiter EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geführt werden, obwohl dort von Demokratie seit langem nichts mehr zu spüren ist und gegen die eigene kurdische Bevölkerung Krieg geführt wird? Nun soll sogar die Todesstrafe wieder eingeführt werden.

Ich glaube, ich lasse es heute mal lieber, vielleicht kommen ja doch wieder bessere Zeiten, in denen nicht die noch wirtschaftlich stabilen Länder aus der EU austreten und wir dafür weitere Staaten aufnehmen,

die von vornherein nur »durchgefüttert« werden wollen.

Dann würde es mir zumindest leichterfallen, meine Gedanken sachlich zu formulieren.

Ich werde mich jetzt lieber in die Sommerferien begeben und melde mich wieder, wenn unsere lustigen Filme im Sommerkino gelaufen sind.

Günther Mattern,
Mitglied des Ortsvorstandes
DIE LINKE Forst

Aus der Stadtverordnetenversammlung informiert

1. Für die Rekonstruktion der Grundschule Keune wurde ein Raumkonzept beschlossen, dies gilt als Planungsgrundlage. In dieses Konzept waren Lehrer, Eltern und Schüler im Vorfeld eingebunden.
2. Unsere zwei Forster Schiedspersonen erhalten zukünftig eine kleine Aufwandsentschädigung pro Monat von 30 Euro für den Vorsitz bzw. 20 Euro für die Stellvertretung.
3. Der Hauptausschuss hat einer Vorlage zugestimmt, mit der der Schuttberg neben der Grundschule Mitte beseitigt werden soll. Die Umsetzung wird allerdings mehrere Monate dauern und finanziell durch die Stadtkasse getragen. **Fraktion DIE LINKE, SVV**

Beschluss des Kreisparteitages

Die Verwaltungsstrukturreform wird die Landkreise in Teilen Brandenburgs verändern. Es war deshalb an der Zeit, dass sich auch unsere Partei zu diesem Thema positioniert.

Der Ortsverband und die Fraktion DIE LINKE in Forst hatten deshalb einen Beschlussantrag zur zukünftigen Struktur in unserer Region eingebracht. Wir wollen einen Zusammenschluss des Landkreises Spree-Neiße mit der Stadt Cottbus. Die Kreisverwaltung soll auch zukünftig in Forst ihren Sitz haben. Wir wollen damit einerseits die Kreisgebietsreform unterstützen und andererseits verhindern, dass ein noch größeres Kreisgebilde z. B. mit Oberspreewald-Lausitz oder Dahme-Spreewald für die Bürgerinnen und Bürger der Region nicht mehr überschaubar wird. Cottbus und Spree-Neiße bilden bereits jetzt in vielen Bereichen eine gemeinsame Region und erfüllen alle Anforderungen des im Landtag beschlossenen Leitbildes. Der Kreisparteitag hat den Antrag mit nur einer Gegenstimme angenommen.

Ingo Paeschke

Wir laden herzlich ein zum

3. FORSTER-SOMMERKINO

Im August jeden Freitag ab 20 Uhr auf dem Max-Seydewitz-Platz beim Café Restaurant Sakis.

Programm:

12.08.2016

"Benno macht Geschichten"



19.08.2016

"Die Olsenbande fährt nach Jütland"



26.08.2016 "Überraschungsfilm" mit Louis de Funès



02.09.2016

Film zum Weltfriedenstag: "Ich war 19"

Der Besuch ist gratis!

Gastronomische Versorgung ist durch »Sakis Café-Restaurant« gesichert.

Bei schlechtem Wetter

findet das Sommerkino in unserer Geschäftsstelle statt.

Wir wünschen viel Spaß und gute Unterhaltung!

Newsletter

IGeL-Marktgeschrei schadet Patienten und Ärzteschaft

(IGeL: Individuelle Gesundheitsleistungen)

»Es ist absurd, dass immer mehr Gesundheitsleistungen verkauft werden. Zum Teil werden schon am Tresen der Praxis bei der Anmeldung, also ohne Patientenkontakte, oft nutzlose oder gar schädliche, aber gut vergütete Nebenleistungen angeboten. Das entspricht nicht der Ethik des ärztlichen Berufes und schadet dem Ansehen der ganzen Ärzteschaft, auch denjenigen, die dies in ihrer Praxis nicht so handhaben«, kommentiert Birgit Wöllert, für die Fraktion DIE LINKE Obfrau im Ausschuss für Gesundheit des Bundestages, die heutige Vorstellung des IGeL-Monitors des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen. Wöllert weiter:

»Schuld daran ist die Gesundheitspolitik der Koalition, da sie nicht dem einfachen Grundsatz folgt, dass alles, was medizinisch notwendig ist, von den Kassen bezahlt wird. Viele Versicherte denken deswegen, sie müssten für eine gute Versorgung selbst in ihr Portemonnaie greifen. Der IGeL-Monitor listet auch selbst einige, allerdings wenige IGeL auf, die tendenziell positiv sind. Die Versicherten müssen sicher sein können, dass alles, was sie an gesundheitlicher Versorgung brauchen, von der Kasse übernommen wird.

Deswegen fordert DIE LINKE, dass Ärzte ihre Patienten, bevor sie ihnen eine IGeL verkaufen, aufklären müssen, warum gewisse Leistungen nicht Bestandteil der Kassenleis-

tungen sind. Bereits heute gibt es dafür meist gute Gründe. Viele IGeL schaden nicht nur dem Geldbeutel, sondern nachgewiesenermaßen auch der Gesundheit. Wenn die Versicherten das wüssten, würden sie eher Schmerzensgeld verlangen, als für solchen Mumpitz selbst Geld auf den Praxistresen zu legen.«
12.07.2016

Unnötige soziale Grausamkeit im letzten Moment gestrichen

Nach massiver Kritik an den geplanten Kürzungen für Kinder von Alleinerziehenden kippt die Koalition die geplante Verschärfung aus dem Gesetzentwurf zu Rechtsvereinfachungen bei Hartz IV. Dazu erklärt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:

»Der Protest der Verbände und der LINKEN wirkt. Darüber freuen wir uns. Auch wenn Ministerin Nahles eine völlig unnötige soziale Grausamkeit im letzten Moment gestrichen hat, hat der Gesetzentwurf nichts mit Rechtsvereinfachungen zu tun, sondern ist ein Rechtsverschärfungsgesetz auf Kosten der Betroffenen.

Die SPD sollte nunmehr das gesamte Rechtsverschärfungsgesetz zurückziehen. Für Rechtsvereinfachungsvorschläge, die die Rechte der Betroffenen stärken und Bürokratie abbauen, steht DIE LINKE zur Verfügung. Natürlich sind Betroffeneninitiativen und Wohlfahrtsverbände bei der Erarbeitung einzubeziehen.

Für DIE LINKE gilt: Hartz IV muss weg, eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung sowie eine Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen müssen her.«
03.06.2016

Leserzuschrift:

Zu dem Artikel »Forst ist deutsch oder das, was einige dafür halten« im Malxeblatt 3/16 erhielten wir eine umfangreiche Zuschrift.

Unter www.malxeblatt.de können Sie diese im vollen Wortlaut nachlesen.

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 16.08.: 18:30 Uhr Ortsvorstandssitzung
- Do., 25.08.: 18:30 Uhr »Treff Linksrum«
- Di., 13.09.: 18:30 Uhr Fraktionssitzung SSV
- Di., 20.09.: 18:30 Uhr Ortsvorstandssitzung
- Di., 27.09.: 18:30 Uhr Fraktionssitzung SSV
- Do., 29.09.: 18:30 Uhr »Treff Linksrum«
- Di., 04.10.: 18:30 Uhr AG Malxeblatt

Eigentor

Nach seinen Ausfälligkeiten gegen Nationalspieler Boateng wehrt Alexander Gauland sich mit deutlichen Worten: »Ich bin kein Rassist«. Diese Selbsteinschätzung wiederum dürfte ihn im eigenen Lager reichlich Sympathie-Punkte kosten. **Patrick Fischer**

Soziale Rechtsberatung

am 25.08. und 29.09.2016,
jeweils ab 12 Uhr

in der Geschäftsstelle
der LINKEN,
Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung
telefonisch (78 52)
oder persönlich jeweils
Dienstag 9 – 11 und 14 – 17 Uhr,
Donnerstag 9 – 11 Uhr

Soziale Bürgerberatung in Döbern

am 24.08. (immer 14-täglich)
jeweils von 10 bis 14 Uhr

in der Begegnungsstätte
Betreutes Servicewohnen des DRK,
Forster Straße 14.

Geburtstag

- 09.08.: 84 Jahre Edith Witzel
- 10.08.: 78 Jahre Gerhard Böcking
- 27.08.: 88 Jahre Rolaf Schahn
- 29.08.: 87 Jahre Martin Noack
- 14.09.: 76 Jahre Horst Meißner
- 14.09.: 64 Jahre Knut Brandtstätter
- 18.09.: 66 Jahre Gisela Berth
- 19.09.: 87 Jahre Elfriede Koch
- 04.10.: 97 Jahre Käthe Günther
- 22.10.: 73 Jahre Johanna Spaarschuh

*Herzlichen Glückwunsch,
unseren Jubilaren, auch all denen,
die hier nicht genannt sind!*

Gute Entscheidung

In Frankreich gab es vor der Fußball-EM eine heftige Auseinandersetzung darüber, ob der Kampf um anständige Arbeitsbedingungen wichtiger ist als Fußball. In Deutschland hat man sich längst klar für Fußball entschieden. **OL**

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Cornelia Janisch

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, IBAN DE48 1805 0000 3305 1027 80, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.